Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Seniorenrat	Per Dringlichkeit	öffentlich
Sozial- und Gesundheitsausschuss	Per Dringlichkeit	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	29.10.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Änderung der Wahlordnung vom 24.02.2000 zur Wahl der Mitglieder des Seniorenrates der Stadt Bielefeld

Beschlussvorschlag:

Die Wahlordnung vom 24.02.2000 zur Wahl der Mitglieder des Seniorenrates der Stadt Bielefeld wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegt der/dem für das Sozialwesen zuständigen Beigeordneten.

§ 1 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Das Wahlteam des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen ist in Kooperation mit dem Amt für Soziale Leistungen - Sozialamt - für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl und die korrekte Ergebnisermittlung verantwortlich.

§ 3 erhält folgende Fassung:

Wahlorgane

Wahlorgane sind

- a) die Sozialdezernentin/der Sozialdezernent als Wahlleitung, die Stellvertretung wird von der allgemeinen Vertreterin/dem allgemeinen Vertreter wahrgenommen,
- b) der Wahlausschuss und
- c) ein oder mehrere Wahlvorstände.

bitte wenden

§ 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Der Wahlausschuss besteht aus der Wahlleiterin/dem Wahlleiter als Vorsitzender/Vorsitzendem sowie acht vom Rat der Stadt Bielefeld zu wählenden Beisitzerinnen bzw. Beisitzern. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes über den Wahlausschuss entsprechend.

§ 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Der Wahlvorstand ermittelt in öffentlicher Sitzung innerhalb von fünf Werktagen nach dem Wahltag anhand der eingegangenen Wahlbriefe einzelne Teilergebnisse und fertigt hierüber Wahlniederschriften. Die Wahlvorsteherin/Der Wahlvorsteher und die stellvertretende Wahlvorsteherin/der stellvertretende Wahlvorsteher dürfen sich nicht gleichzeitig an der Sortierung und Auszählung der Stimmzettel beteiligen.

§ 10 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Das Wählerverzeichnis wird vom 34. bis zum 30. Tag vor der Wahl, an einem Tag mindestens bis 18.00 Uhr, zur Einsichtnahme bereitgehalten. Termin und Ort der Einsichtnahmemöglichkeit werden öffentlich bekannt gemacht. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes über die Einsichtnahme entsprechend.

§ 10 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum Ende der Einsichtsfrist Einspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der Oberbürgermeisterin/beim Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld einlegen.

Begründung:

Nach der bisher gültigen Fassung der Wahlordnung ist die Vorsitzende/der Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses gleichzeitig Vorsitzende/Vorsitzender des Wahlausschusses für die Seniorenratswahl. Die Mitglieder des SGA werden vom Rat am 26.11.09 gewählt. Der Wahlausschuss muss jedoch bereits Mitte November zusammentreten, um über die Zulassung der Wahlvorschläge zu entscheiden. Nach der bestehenden Wahlordnung hätte der Wahlausschuss somit zu diesem Zeitpunkt keine Vorsitzende/keinen Vorsitzenden.

Zur Lösung dieses Problems bleibt nur die Möglichkeit, durch eine Änderung der Wahlordnung den Ausschussvorsitz neu zu regeln. Andere rechtlich abgesicherte Alternativen gibt es nicht. Dabei sollen weitere Anpassungen der Wahlordnung an die bestehende Rechtslage vorgenommen werden.

Erläuterungen der einzelnen Änderungspunkte:

Zu § 1 Abs. 2:

Die Benennung einer Stellvertretung ist an dieser Stelle nicht notwendig (s. § 3).

Zu § 1 Abs. 3:

Übernahme der aktuellen Dienststellenbezeichnungen.

Zu § 3:

Nach der bisherigen Regelung wird die stellvertretende Wahlleitung von der Leitung des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen wahrgenommen. Nach den gesetzlichen Vorschriften für die Statistikstelle dürfen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter derselben keine weiteren Aufgaben innerhalb der Verwaltung wahrnehmen. Da der Leiter des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen gleichzeitig Leiter der Statistikstelle ist, kollidiert die bisherige Regelung mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Die neue Regelung entspricht der Stellvertretungsregelung bei allgemeinen Wahlen, bei denen die Stellvertretung in der Regel von Beigeordneten wahrgenommen wird.

Zu § 4 Abs. 1:

Bei allen allgemeinen Wahlen wird der Vorsitz im Wahlausschuss von der Wahlleiterin/vom Wahlleiter geführt. Um sich diesen bewährten Bestimmungen anzugleichen und eine praktikable Lösung für die Seniorenratswahl 2009 wie alle weiteren Wahlen zu erreichen, sollte auch hier der Vorsitz der Wahlleiterin bzw. dem Wahlleiter übertragen werden.

Zu § 5 Abs. 2

Anpassung an den tatsächlichen Ablauf der Ergebnisermittlung. Die eingegangenen Wahlbriefe (Seniorenratswahl 2004 = 28.000) werden auf mehrere Teilmengen aufgeteilt und den Wahlvorständen übergeben. Diese ermitteln jeweils die Ergebnisse der einzelnen Teilmengen, die nach Prüfung durch das Wahlteam vom Wahlausschuss zum Gesamtergebnis zusammengefügt werden.

Nach den Bestimmungen der Kommunalwahlordnung dürfen sich die Wahlvorsteherinnen/Wahlvorsteher und ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter nicht an der Sortierung und Auszählung der Stimmzettel beteiligen. Würde diese Regelung für die Seniorenratswahl übernommen, hätten pro Wahlvorstand jeweils zwei Personen für mehrere Tage lediglich aufsichtführende und regelnde Funktionen. Durch die gewählte Fassung erhalten die Vorsteherin/der Vorsteher und ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter die Möglichkeit, sich wechselseitig an der Sortierung und Auszählung zu beteiligen. Diese Regelung kommt den Bestimmungen auf Bundesebene nahe, nach denen nur eine Person (Wahlvorsteherin/Wahlvorsteher) von der Sortierung und Auszählung ausgeschlossen ist.

Zu § 10 Abs. 4:

Anpassung an die gesetzlichen Bestimmungen. Bei sämtlichen allgemeinen Wahlen wurde die früher übliche Auslegung der Wählerverzeichnisse durch die Möglichkeit der Einsichtnahme ersetzt. Danach können die Wahlberechtigten grundsätzlich nur noch die eigenen Daten im Wählerverzeichnis überprüfen, die Daten von anderen Wahlberechtigten nur in begründeten Ausnahmefällen.

Zu § 10 Abs. 5:

Folge der Änderung von § 10 Abs. 4: Das Wort "Auslegungsfrist" wird durch das Wort "Einsichtsfrist" ersetzt.

Oberbürgermeister

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

**Wahlordnung vom 24.02.2000 zur Wahl der Mitglieder des Seniorenrates
der Stadt Bielefeld**

Alte Regelung

§ 1 Abs. 2:

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegt der/dem für das Sozialwesen zuständigen Beigeordneten, die Stellvertretung wird von der Leitung des Betriebes Stadtforschung, Statistik und Wahlen wahrgenommen.

§ 1 Abs. 3:

Der Betrieb Stadtforschung, Statistik und Wahlen ist in Kooperation mit dem Fachdienst Jugend, Soziales, Wohnen für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl und für die korrekte Ergebnisermittlung verantwortlich.

§ 3:

Wahlorgane

Wahlorgane sind

- (1) die/der Sozialdezernent/in als Wahlleitung, die Stellvertretung wird von der Leitung des Betriebes Stadtforschung, Statistik und Wahlen wahrgenommen
- (2) der Wahlausschuss
- (3) ein oder mehrere Wahlvorstände.

Neue Regelung

§ 1 Abs. 2:

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegt der/dem für das Sozialwesen zuständigen Beigeordneten.

§ 1 Abs. 3:

Das Wahlteam des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen ist in Kooperation mit dem Amt für Soziale Leistungen - Sozialamt - für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl und die korrekte Ergebnisermittlung verantwortlich.

§ 3:

Wahlorgane

Wahlorgane sind

- a) die Sozialdezernentin/der Sozialdezernent als Wahlleitung, die Stellvertretung wird von der allgemeinen Vertreterin/dem allgemeinen Vertreter wahrgenommen,
- b) der Wahlausschuss und
- c) ein oder mehrere Wahlvorstände.

Alte Regelung

§ 4 Abs. 1:

Der Wahlausschuss besteht aus der/dem Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Gesundheit sowie acht vom Rat der Stadt Bielefeld zu wählenden Beisitzerinnen und Beisitzern. Den Vorsitz führt die/der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesundheit. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes über den Wahlausschuss entsprechend.

§ 5 Abs. 2:

Der Wahlvorstand ermittelt das Wahlergebnis in öffentlicher Sitzung innerhalb von fünf Werktagen nach dem Wahltag und fertigt eine entsprechende Wahlniederschrift.

§ 10 Abs. 4:

Das Wählerverzeichnis wird vom 34. bis zum 30. Tag vor der Wahl, an einem Tag mindestens bis 18.00 Uhr, zur öffentlichen Einsicht ausgelegt. Termin und Ort der Auslegung werden öffentlich bekannt gemacht.

§ 10 Abs. 5:

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum Ende der Auslegungsfrist Einspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der/beim Oberbürgermeister/in der Stadt Bielefeld einlegen.

Neue Regelung

§ 4 Abs. 1:

Der Wahlausschuss besteht aus der Wahlleiterin/dem Wahlleiter als Vorsitzender/Vorsitzendem sowie acht vom Rat der Stadt Bielefeld zu wählenden Beisitzerinnen bzw. Beisitzern. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes über den Wahlausschuss entsprechend.

§ 5 Abs. 2:

Der Wahlvorstand ermittelt in öffentlicher Sitzung innerhalb von fünf Werktagen nach dem Wahltag anhand der eingegangenen Wahlbriefe einzelne Teilergebnisse und fertigt hierüber Wahlniederschriften. Die Wahlvorsteherin/Der Wahlvorsteher und die stellvertretende Wahlvorsteherin/der stellvertretende Wahlvorsteher dürfen sich nicht gleichzeitig an der Sortierung und Auszählung der Stimmzettel beteiligen.

§ 10 Abs. 4:

Das Wählerverzeichnis wird vom 34. bis zum 30. Tag vor der Wahl, an einem Tag mindestens bis 18.00 Uhr, zur Einsichtnahme bereitgehalten. Termin und Ort der Einsichtnahmemöglichkeit werden öffentlich bekannt gemacht. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes über die Einsichtnahme entsprechend.

§ 10 Abs. 5:

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum Ende der Einsichtsfrist Einspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der Oberbürgermeisterin/beim Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld einlegen.